

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 285

21. Mai. 2003

9. Jahrgang

Entscheidende Woche für die Zukunft des Landes

Die Presse im Land kündigte eine entscheidende Woche für Guatemala an. Am Montag, 12. Mai, startete die vierte Verhandlungsrunde des Freihandelsabkommens CAFTA (Central American Free Trade Agreement) zwischen Zentralamerika und den Vereinigten Staaten mit Veranstaltungsort in Guatemala. Zudem war für die darauffolgenden Tage der Aufruf zum offiziellen Präsidentschaftswahlkampf im November vorgesehen. Und – last but not least – standen am 13. und 14. Mai die Beurteilung und Revision der im letzten Jahr in Washington D.C., USA, der Regierung auferlegten Hausaufgaben durch die Spenderländer an, deren Ergebnisse Mitte der Woche beim Treffen der Konsultivgruppe die Art und Weise ihrer zukünftigen Kooperation und Unterstützung Guatemalas entscheiden werden.

Wir übernehmen im folgenden einen Artikel von Erwin Pérez, der am 12. Mai von der Nachrichtenagentur *Incidencia Democrática* veröffentlicht wurde.

In Bezug auf die Wirtschaftsverhandlungen fordert die Zivilgesellschaft mehr Informationen darüber, was und wie die Regierung verhandelt und es wurden Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen CAFTA angekündigt.

Währenddessen gibt das Höchste Wahlgericht (TSE) diversen Details den letzten Schliff, um den Wahlkampf amts-gemäss zu eröffnen, der im Grunde genommen schon seit Monaten über das nationale Territorium zieht, wobei die Optionen der BürgerInnen noch gar nicht klar definiert sind.

Hinsichtlich der Konsultivgruppe lohnt es sich, daran zu erinnern, dass bei dieser Gelegenheit die Delegierten sowohl der Internationalen Gemeinschaft als auch der Regierung jeweils ihre Sicht der Dinge bezüglich der im letzten Jahr in Washington aufgestellten neun Abkommen darlegen werden. Die letzten Vorbereitungen sind nur noch Formsache, die Diskussionsinhalte wurden bereits festgelegt. Dennoch stellt dieser kosmetische Teil die beste Waffe für die Regierung dar. Die VertreterInnen der Regierungspartei FRG (Republikanische Front Guatemalas) putzen sich heraus, um in buntem Geschenkpapier die kleinen Aktionen zu präsentieren, die zur Rechtfertigung der erlangten Vereinbarungen realisiert wurden.

Die Tatsache, dass lediglich die neun Punkte von Washington in die Tagesordnung mit aufgenommen wurden, stellt einen Vorteil für die Regierung dar, bedeutet jedoch gleichzeitig eine Schwäche für den Prozess als Ganzes, denn die Diskussion wird sich auf diese Themen fokussieren und andere wichtige aussen vorlassen.

Es ist also voraussehbar, dass die Regierungsmitglieder sich bemühen werden, ein höchst positives Panorama aufzuweisen, währenddessen die Gewerkschaftsbewegung CNSP eine massive Mobilisierung für den 14. Mai ankündigt.

Die Abgeordneten der Regierung werden nicht an Mühen geizen, ein Land fern der Krise vorzuführen, obwohl sie den Rückstand eingestehen, die einige Punkte einbüßen. Aber diesbezüglich beschuldigen sie die Opposition, das Vorankommen der von der Regierungspartei eingereichten Vorschläge zu lähmen. Und dies besonders in der Legislativ-Agenda, der gegenüber eine allgemein negative Einstellung von fast allen Oppositionsparteien zu erkennen ist. Diese lehnen beinahe systematisch jegliche Initiative ab, die von der FRG ausgeht, und zwar mit Haltungen, die ihre parteilichen Interessen

noch vor den nationalen garantieren, was von jedem Standpunkt aus kritisierbar ist.

Dennoch und trotz allen Schmuckes, den die Regierung dem Land und dem Friedensprozess anlegen will, ergeben sich weiterhin in der Realität Guatemalas keinerlei Anzeichen für die Lösung der Probleme, die Anlass für den Krieg gaben. Einmal abgesehen von der (nicht zu Unrecht) pessimistischen Einschätzung, die die Regierung ihren VerleumderInnen vorwirft, ist es tatsächlich so, dass die signifikanten Erfolge der Friedensabkommen in den ersten Jahren nach ihrer Unterzeichnung 1996 zu verzeichnen waren.

Wir GuatemalteKInnen sind nicht mehr im Krieg, aber dieser ist ersetzt worden durch die undifferenzierte und in alarmierender Weise stattfindende Gewalt. Die Verfolgungen und Amtseinschüchterungen von staatlichen Behörden haben sich verändert. Aber in den letzten fünfzehn Monaten sind die Ermordungen, Hausfriedensbrüche, aussergerichtlichen Hinrichtungen und Einschüchterungsversuche gegen Justizangestellte, BäuerInnenführerInnen und JournalistInnen zur täglichen Nachricht geworden.

So sehr man positive Elemente finden möchte, immer stolpert man über Hindernisse, die konkrete Fortschritte behindern. Folgendes Beispiel: Die Exekutive ergriff die Initiative, um mittels eines Regierungsabkommens den Sicherheitsrat zu gründen, was im Prinzip positiv zu bewerten ist; zudem erfüllt die FRG damit die Friedensverträge. Doch bleibt sie dabei auf halber Strecke stecken, denn die Erwartungen der Zivilgesellschaft waren jene, dass die Schaffung dieses Sicherheitsrates auf einem Legislativabkommen basiere, wobei das Anforderungsprofil und die Funktionen der Mitglieder klar umrissen wären. (*Für das Inkrafttreten eines Regierungsabkommens reicht es aus, dass der Präsident es unterschreibt und es im Regierungsorgan publiziert wird, wobei es durch ein erneutes präsidentiales Dekret wieder ausser Kraft gesetzt werden kann. Ein Legislativabkommen muss indes vom Kongress akzeptiert werden, die Red.*) In Anbetracht der sich nähernden Präsidentschaftswahlen bestehen gewisse Vorbehalte, an diesem Sicherheitsrat teilzunehmen, da er nicht über die notwendigen Voraussetzungen für ein angemessenes

Funktionieren verfügt.

Ein weiterer Grund der Empörung stellte die Tatsache dar, dass am selben Tag, an dem der Beschluss zur Entschädigung der Opfer des bewaffneten Konflikts veröffentlicht worden war, ein Gesetz publiziert wurde, in dem die Bezahlung der ehemaligen Zivilpatrouillen (EX-PAC) festgehalten ist. Während für die Opfer weder ein finanzieller Etat zur Verfügung gestellt noch eine Struktur geschaffen wird, um die Entschädigung zu erfüllen, werden den Ex-PAC jegliche Bedingungen geschaffen, ihre Bezahlung auch ja zu sichern.

Die Angebote der Regierung von Alfonso Portillo sind viele, aber in keinem der Fälle lässt sich eine vollständige Erfüllung erkennen. Dies wird bedeuten, vor der Konsultivgruppe lediglich halbe Wahrheiten zu präsentieren. Dies weiss sowohl die Gesellschaft als auch die Internationale Gemeinschaft; und das ist noch nicht alles: MINUGUA, die UN-Mission für Guatemala, stellte letzte Woche einen Bericht vor, in dem sie hervorhebt, wie enttäuschend die Resultate der letzten fünfzehn Monate sind. Die Mission legte eine alarmierende Sicht auf die Situation vor, die alle beunruhigte – ausser die Regierung.

MINUGUA fasst die Friedensverträge als ein integrales Programm der Nation auf, das mit einem weiten Akzeptanzrahmen ausgestattet ist, um die grossen Hindernisse für die Entwicklung Guatemalas zu überwinden; eine Ansicht, die wir teilen. Deswegen ist es unverständlich, dass die nationale Be-

gleitkommission der Friedensverträge auf das Beibehalten einer in jeglicher Hinsicht wirkungslosen Struktur beharrt.

Die Begleitkommission schlug kürzlich Modifikationen für die Institutionalisierung des Friedens vor und folgte damit der Logik der Pflasterchenpolitik, eine Politik, von der die Gesellschaft genug hat. In dem Vorschlag stellte die vermeintlich grossartige Veränderung die Aufnahme von zwei weiteren politischen Parteien in die Kommission dar; die Zahl der EhrenbürgerInnen oder HonoratorInnen sei zu erweitern ohne ihre Repräsentation zu stärken, ein Mechanismus der Konsultation sei zu schaffen, an dem Institutionen der Zivilgesellschaft beteiligt wären, obwohl es diesen Mechanismus in Form der paritätischen und nichtparitätischen Kommissionen und den departamentalen Runden schon längst gibt.

Doch unsere grösste Sorge ist, dass die Kommission im Konsens eine zweite Anpassung des Zeitplans von 2004 bis 2008 beschliessen könnte, was die absolute Niederlage dessen wäre, was im Jahr 2000 entschieden wurde. (*Damals wurde der Zeitplan für die Umsetzung der Friedensabkommen modifiziert und bis 2004 verlängert, die Red.*)

Nach unseren Kriterien weist der Fortschritt der Friedensverträge auf die Grenzen der mechanisch definierten Zeit hin. Es brächte gar nichts oder nur wenig, den Zeitrahmen der Verträge zu erweitern, wenn weiterhin nach den selben vergriffenen und überholten Mechanismen gearbeitet würde. Was indes

gebraucht wird, ist ein Wechsel in der Logik der Prioritätensetzung und eine stärkere Beteiligung der Gesellschaft, sowohl auf qualitativer als auch quantitativer Ebene. Um damit anzufangen, müssten die Friedensverträge überhaupt erst einmal im ganzen Land bekannt gemacht werden; dies ist eine so kleine Verpflichtung im Vergleich zum Rest, der jedoch weder von der vorherigen noch von der aktuellen Regierung erfüllt worden ist.

Bei dem Treffen der Konsultivgruppe, das morgen (*13. Mai, die Red.*) beginnt, werden der Zivilgesellschaft etwas mehr als zehn Minuten zur Verfügung stehen, um ihre Sicht auf die Verträge darzulegen. Es wird dabei weder Zeit sein, dagegen zu argumentieren noch neue Aktionsformen vorzuschlagen, die den Friedensprozess beleben könnten, obwohl eine vorbereitende Sitzung am Tag zuvor einberufen wurde. Angesichts dessen haben sich die zivilen Organisationen für die Option des Strassenkampfes entschlossen und kündigten bereits Demonstrationen an, damit ihre Forderungen gehört werden.

Am Ende der Woche werden wir GuatemalteKInnen wahrscheinlich mehr Verpflichtungen mit der Internationalen Gemeinschaft haben; man wird uns eingetaucht haben in ein Handelsabkommen, das von allen Seiten besehen ungleich und ausschliessend ist; und die PräsidentschaftskandidatInnen werden grünes Licht vom Höchsten Wahlgericht bekommen haben, um die Stadt mit ihrer demagogischen Werbung zu tapezieren.

Krise? Was für eine Krise?

Ein Artikel von Grahame Russell & Annie Bird (Rights Action)

Guatemala, 12. Mai. Im Juli 2001 begann Grahame Russel einen Artikel über Menschenrechtsverletzungen in Guatemala wie folgt: *“Obwohl es schmerzvoll und traurig ist, ist die erneute Repressionswelle, die durch Guatemala tobt, keine Überraschung. Unterdrückung, Verarmung und Rassismus sind an der Tagesordnung und endeten nicht einfach mit der Unterzeichnung des letzten “Friedens”-vertrages im Dezember 1996.”* Diese Einleitung können wir so stehen lassen, denn auch heutzutage bestehen Repression und Straflosigkeit unvermindert fort. Laut *Amnesty International* hat jede grössere Menschenrechtsorganisation im vergangenen Jahr ernsthafte Übergriffe erlitten.

Die aktuelle Situation ist keine Krise. “Krise” suggeriert etwas, das sich vom Normalzustand unterscheidet. Doch Unterdrückung und Immunität gehören zur Normalität und sind histo-

risch verankerte Aspekte des Alltags in Guatemala. (Dagegen wären Demokratie und der Respekt der Menschenrechte und der Gesetzgebung eine Krise). Machtbeziehungen (wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art) sind seit langem auf lokaler, nationaler und globaler Ebene eine Selbstverständlichkeit. Die Wurzeln der Repression, des Rassismus, der Ausbeutung und der Straflosigkeit ziehen sich durch die Jahrhunderte von Europäischem Kolonialrassismus und -ausbeutung und der Dominanz von wirtschaftlichen Interessen und militärischen Interventionen der USA. Erinnert sei an das Erbe des Militärputsches von 1954, orchestriert von US-Regierungsbehörden, um nordamerikanische Wirtschaftsinvestitionen voranzutreiben. Seit 1954 haben die guatemalteKischen Regime mit US-Rückendeckung ein ausbeuterisches Entwicklungsmodell beibehalten, Unterdrückung und Straflosigkeit als Werkzeuge

nutzend.

Das Treffen der Konsultivgruppe – “business as usual”

Die Konsultivgruppe (GC) wurde nach der Unterzeichnung der letzten Friedensabkommen (1996) gegründet und ist zusammengesetzt aus Ländern und internationalen Finanz- und Regierungsorganisationen, die angeblich den Friedensprozess in Guatemala unterstützen. Zu den Mitgliedern gehören Argentinien, Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Mexiko, die Niederlande, Norwegen, Spanien, Schweden, die Schweiz, Grossbritannien, die Vereinten Staaten, die Vereinten Nationen (UN), die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die Weltbank (WB), und der Internationale Währungsfond (IWF).

Der Grossteil – etwa $\frac{3}{4}$ – der finan-

ziellen Unterstützung gewährt die GC in Form von Darlehen. Die meisten Projekte, in die diese Kredite investiert werden, sind Entwicklungsprogramme, die von BID, WB und IWF für ganz Lateinamerika ausgearbeitet und implementiert werden. Dazu gehören ländliche Vermarktungsprogramme, die Privatisierung der Gesundheitsdienste, der Bildung, des Strassenbaus, der Wasserversorgung etc. Das Armutsniveau in Guatemala – und in ganz Amerika – ist gleichgeblieben oder gar gestiegen.

Bei ihrem letzten Treffen in Washington D.C. im Februar 2002, identifizierte die GC die Erfüllung der Friedensverträge, die Respektierung der Menschenrechte und die Beendigung der Straflosigkeit als die Bereiche, in denen sie Fortschritte sehen wollte. Es ist keine Überraschung, dass kein solcher erkennbar ist, obwohl die Darlehenshöhe, die der guatemaltekischen Regierung durch die GC gerade im letzten Jahr zugestanden wurde, höher als in den vorhergehenden Jahren war.

Seit 1986 die formellen Wahlen eingeführt wurden, sind Wahlkampfjahre

begleitet von wachsender Gewalt und chronischer Manipulation von Regierungsprogrammen, vor allem von sogenannten Sozialfonds, von denen die meisten von WB und BID entworfen und gestattet werden.

Ein Bericht des Guatemaltekischen Bischofsrates vom 9. Mai 2003 bestätigt dies für die Aktualität und begründet die Forderung des *Kollektivs Sozialer Organisationen* (COS), zu dem mehr als 20 Vereinigungen zählen, dass die GC im Wahljahr keinerlei Mittel zur Verfügung stellen solle. Obwohl einige nordeuropäische Regierungen diesem Vorschlag zustimmten, wurde er von der BID, die die Versammlung der GC einberuft und die Agenda beschliesst, abgelehnt.

Die politische, militärische und wirtschaftliche Macht in Guatemala kommt nicht und kam nie durch demokratische Prozesse und Verbindungen zur Bevölkerung zustande. Die Macht entsteht vielmehr durch die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die die nationalen Machthaber mit einer Reihe von globalen Akteuren (Regierungen, inter-gubernamentalen Insti-

tutionen, Unternehmen, Banken) pflegen. Viele dieser Akteure sind Mitglied eben jener Konsultivgruppe.

Trotz Rassismus, Ausbeutung und Mangel an Demokratie und Gesetzgebung, trotz Repression und Immunität, behält die gesamte Liga der globalen Akteure ihre "business as usual"-Beziehung zu allen Sektoren der guatemaltekischen Wirtschafts-, Politik- und Militärelite bei und stützt diese.

So lange, wie Menschenrechtsgruppen ihre Aufmerksamkeit weiterhin eng auf die Politik und die Aktionen von nationalen Akteuren innerhalb Guatemalas richten, werden wir nicht erlauben, dass Unterdrückung und Straflosigkeit als "business as usual" durchgehen kann. Die GC sollte bei ihrem Treffen den Fokus nicht darauf richten, was die guatemaltekische Regierung in dieser Frage tut oder nicht tut. Statt dessen sollte sie ein Auge darauf werfen, inwiefern die internationale Gemeinschaft mit Hilfe von zahllosen Geschäftemachereien auf allen Ebenen zur Straflosigkeit der entsprechenden Machthaber in Guatemala beiträgt.

Lasst uns doch drüber reden...

Guatemala, 15. Mai. Die Konsultivgruppe für Guatemala (GC), die am Dienstag und Mittwoch die Erfüllung der Friedensverträge beurteilte, forderte die drei Staatsorgane, die Zivilgesellschaft und den Privaten Sektor dazu auf, einen nationalen Dialog zu initiieren und ihre Verbindlichkeit in Bezug auf die Friedensabkommen zu erneuern.

Für Miguel Martínez, Präsident der GC und Funktionär der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) "kann man keinen Schuldigen suchen", der für die Rückstände, begrenzten Fortschritte und Rückschritte in der Erfüllung der Abkommen verantwortlich sei. "Dass man nicht in der richtigen Geschwindigkeit vorangekommen ist, liegt daran, dass es keine Bemühung des gesamten Landes gab", generalisierte er.

Der Vorschlag zu einem nationalen Dialog war bereits von Präsident Portillo in seiner Auftaktrede angekündigt worden und soll noch vor September in die Wege geleitet werden. Portillo kündigte ausserdem an, dass er einen Gesetzesvorschlag einreichen werde, um die zukünftige Agenda des Friedensprozesses in die Legislation aufzunehmen.

An dem Treffen der GC nahmen VertreterInnen von 19 Regierungen und die gleiche Anzahl von Kooperationsorganismen teil. Dazu kamen mehr als hundert GuatemaltekinInnen, darunter StaatsfunktionärInnen, PolitikerInnen, UnternehmerInnen und zivile AktivistIn-

nen.

Folgende waren die Ratschläge der Internationalen Gemeinschaft, um den Friedensprozess zu beschleunigen:

1. Die Situation der Menschenrechte und Sicherheit zu verbessern, gegen die Straflosigkeit zu kämpfen und Justiz für Verbrechen der Vergangenheit zu üben.

2. Eine Antikorruptions-Kommission mit VertreterInnen der Gesellschaft zu gründen und eine andere einzurichten, die gegen die klandestinen Strukturen ermittelt.

3. Dass die drei Staatsorgane die Korruption bekämpfen, indem das Gesetz zur Transparenz, besonders bzgl. des Militäretats, Anwendung findet.

4. Die Steuerlast von aktuell 10,6% des BIP (2002) auf 12% zu erhöhen, wie es die Friedensabkommen festlegen.

5. Eine Steuereultur zu schaffen: Besserer Umgang mit öffentlichen Fonds, Reduktion des Militärhaushaltes und Investition in den Kampf gegen die Armut.

6. Ausstehende Gesetze zu verabschieden, wie das des Informationszugangs, des Katasters, des Gefängnisystems und der Demobilisierung des Präsidialen Generalstabs (EMP).

7. Im Etat für 2004 mehr Mittel den Programmen für Grundbildung, Gesundheit, Territorien und Ländliche Entwicklung zuzuweisen.

8. Dass alle Gesellschaftssektoren

inklusive der politischen Parteien in einen nationalen Dialog miteinander treten, um einen grundlegenden Konsens zu suchen.

9. Ein erneutes Treffen der GC im ersten Halbjahr 2004 einzuberufen, unter weitreichender Beteiligung der Zivilen und Indigenen Bevölkerung.

"Die internationale Gemeinschaft kann die Geduld verlieren", wenn die GuatemaltekinInnen nicht ihren Beitrag leisten, warnte Martínez. Doch von Etatkürzungen oder Sanktionen war dieses Mal nicht die Rede.

Für "Besorgnis und Enttäuschung" bei der Internationalen Gemeinschaft sorgte unterdessen die geringe Teilnahme der politischen Parteien an den Diskussionen und Beschlüssen der GC, was als fehlendes Interesse und mangelnde Verpflichtung gegenüber den Friedensverträgen interpretiert wurde. Von allen Parteien waren nur Pablo Ceto und Gregorio Chay von der URNG von Anfang bis Ende anwesend. Die übrigen waren lediglich zu ihren jeweiligen Präsentationen gekommen.

Die allgemeinen Erwartungen, dass der Abschluss des Treffens der GC in vollster Transparenz stattfinde, wurde bitter enttäuscht, und die Internationale Gemeinschaft machte sich zur Komplizin der Regierung, indem sie nur den offiziellen Medien Zugang zur Veranstaltung gewährte, die freie Presse musste draussen bleiben.

Hoffen, dass die Justiz eines Tages siegen wird

Guatemala, 8. Mai. Die RichterInnen Willevaldo Contreras, Luis Felipe Hernández und Rosa María de León Cano des vierten Appellationsgerichts sprachen in zweiter Instanz den Oberst Juan Valencia Osorio frei, der im letzten Oktober zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Angeklagt und verurteilt worden war er wegen illegaler Geheimdiensttätigkeit, die zur Ermordung der Anthropologin Mirna Mack führte (siehe ¡Fijáte! 270 und 271). Ausserdem bestätigte das Gericht die Freisprüche von General Edgar Godoy Gaitán, ehemaliger Chef des Generalstabs des Präsidialamtes (EMP) und von Oberst Juan Guillermo Oliva Carrera. Die Klägerin, Helen Mack, hatte gegen diese Freisprüche Einspruch erhoben und für Godoy Gaitán und Oliva Carrera ebenfalls eine Gefängnisstrafe verlangt.

Während im Prozess, der im Oktober 2002 zur Verurteilung der Angeklagten führte, die Klägerseite überzeugend die hierarchische Befehlskette und das illegale Vorgehen des EMP nachweisen konnte, glaubten die RichterInnen des Appellationsgerichts der Version von Valencia's Verteidigern, die einfach die Tatsachen umdrehen und Valencia zum Opfer machen: Dieser habe zwar die Ermordung von Mirna angeordnet, aber damit nur Befehle von "oben" weitergegeben, weshalb er unschuldig sei.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, welche ebenfalls als Klägerin auftritt, sagte, der Freispruch halte einer gesetzlichen Überprüfung nicht stand, sondern bevorteile die Angeklagten. Deshalb würde der Fall vor den Obersten Gerichtshof (CSJ) weitergezogen werden. Staatsanwalt Mynor Melgar bezichtigt das vierte Appellationsgericht ausserdem einer militärischen Tradition: Richterin Cano habe jahrelang Militärs verteidigt und Richter Hernández sei verwandt mit Oberst Clementino Castillo, ehemaliger Chef des Presseamtes der Armee unter der Regierung von Ríos Montt 1982.

Allgemein zeigte man sich empört über den Freispruch: Helen Mack bezeichnete ihn als politischen Entscheid, der die Interessen des Militärs verteidige. Die BotschafterInnen verschiedener europäischer Länder veröffentlichten eine Presseerklärung, in der es hiess: "Wir bedauern, dass die Verantwortlichen dieses grässlichen Verbrechens nicht bestraft werden. Doch wir hoffen weiter, dass die Justiz eines Tages siegen wird". "Jeder Tag, an dem dieses Verbrechen ungestraft bleibt, nährt die Idee, dass Gerechtigkeit in Guatemala unmöglich ist, und dass es Sektoren in

der Gesellschaft gibt, die über dem Gesetz stehen. Kein Land, das von sich behauptet, ein Rechtsstaat zu sein, darf ein Verbrechen dieses Ausmasses ungestraft lassen", war die Meinung der UNO-Mission für Guatemala, MINUGUA. Etwas „diplomatischer“ äusserte sich der Sprecher des US-amerikanischen Aussenministeriums: "Die USA respektieren die Unabhängigkeit der guatemaltekischen Justiz, doch in diesem Fall müssten sich die Behörden etwas mehr darum bemühen, Gerechtigkeit walten zu lassen". Die Vereinigung der Militärvertreterinnen drückte ihre "grösste Befriedigung" über das Urteil aus und sieht in den Aktionen und Bemühungen, die von der KlägerInnenseite unternommen werden, den klaren Beweis dafür, dass "der Feind den Krieg – mit anderen Mitteln zwar – weiterführt".

Als vorläufige Zwischenbilanz kann gesagt werden, dass das am 7. Mai

gefallte Urteil ein schwerer Schlag für die Klägerin und Schwester der Ermordeten, Helen Mack und alle andern MenschenrechtsanwältInnen bedeutet, die seit Jahren unermüdlich und trotz Drohungen und juristischen Hindernissen für Gerechtigkeit kämpfen. Es ist aber auch ein Schlag für das guatemaltekische Rechtssystem, wurde doch das Urteil gegen die drei Militärs als der Beginn des Endes der Straflosigkeit gefeiert und als Beweis der Unabhängigkeit der Justiz. Diese Taktik der späteren Urteilsaufhebung in kontroversen Fällen scheint System zu haben: Bereits im Mordfall von Bischof Gerardi wurden unter Beifall der internationalen Gemeinschaft hohe Ex-Militärs zuerst verurteilt und Monate später, als die Aufmerksamkeit nachgelassen hatte, (von den selben RichterInnen wie im Fall Mack!), wieder freigesprochen (siehe ¡Fijáte! 279).

Die nächste Runde folgt bestimmt

Guatemala, 15. Mai. Die VerhandlungsteilnehmerInnen des Freihandelsabkommen CAFTA zwischen Zentralamerika und den USA, die sich zur vierten Diskussionsrunde vom 12. bis 16. Mai in Guatemala aufhielten, versicherten, dass sie in einigen Aspekten von regionalem Interesse vorangekommen seien. Darunter ist das "Textil-Thema", über das mit Ausführllichkeit bei der fünften Runde verhandelt werden wird, die im Juni in Honduras stattfinden wird. Diesmal standen u.a. die Themen "Intellektuelles Eigentum" und "Markenrechte" auf der Tagesordnung, die für die USA Priorität haben. Tatsächlich einen Vorschlag reichten diese bis dato in Bezug auf das Thema Umwelt ein.

Der von der zentralamerikanischen Seite erhoffte und längst versprochene Aspekt der Landwirtschaft und auch das noch vor dem Treffen eingeforderte Thema Migration fielen zum Unmut der entsprechenden LändervertreterInnen derweil unter den Tisch.

Immerhin wurde das von der zentralamerikanischen Zivilgesellschaft priorisierte Thema Arbeit angeschnitten, doch die Diskussion entfiel, da nur die US-FunktionärInnen vollständige Dokumente eingereicht hatten. Wobei sich die MittelamerikanerInnen gerade bei diesem heiklen Thema bis zur nächsten Sitzung endlich einmal über ihre eigenen Standpunkte klarwerden und v.a. gründlich vorbereiten sollten.

Auf die Plätze, fertig...

Guatemala, 15. Mai. Am 9. November werden die Generalwahlen stattfinden. Sollte sich keine klare Mehrheit finden, werden Präsident und sein Vize am 28. Dezember gewählt. Gleichzeitig werden 158 Kongressabgeordnete, 127 davon nach Wahlbezirk und 31 per nationaler Liste, sowie 331 BürgermeisterInnen und 2'600 gewählte VertreterInnen und StadträtInnen in den Munizipien gewählt. Bis zum 10. September können Parteien und Koalitionen ihre KandidatInnen für alle Posten der öffentlichen Wahl einschreiben, während Zivile Komitees lediglich AspirantInnen für Bürgermeistereien und Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung postulieren dürfen.

Der Wahlkampf ist streng reglementiert: Die Parteien dürfen keine Plakate oder Schilder an Standbildern, Brücken und Denkmälern anbringen, keine Fahrzeuge mit Lautsprechern vor 7 Uhr morgens und nach 20 Uhr benutzen, sie dürfen keine Gelder oder Güter des Staates für Wahlpropaganda nutzen und ausserdem ist es verboten, dass die FunktionärInnen oder öffentlichen Angestellten sich während ihrer Arbeitszeit politischen Aktivitäten widmen.

Dem Obersten Gerichtshof (TSE) stehen für den Wahlprozess Q 101 Mio. zur Verfügung. Bisher wurden laut TSE 4,5 Mio. Personen im Wahlregister eingetragen.

Lieber bar auf die Hand oder als Sachschaden?

Guatemala, 10. Mai. Guatemala und Escuintla waren die ersten Departements, in denen am 2. Mai mit der Auszahlung der ersten Rate von Q 1747,20 (rund 220 US-\$) an die Ex-PAC begonnen wurde. Im Gegenzug mussten die Begünstigten ein Dokument unterzeichnen, womit sie sich verpflichten, keine juristischen Massnahmen zu ergreifen und nicht an Protestaktionen teilzunehmen, um auf diese Weise noch mehr Geld für ihre "Dienste" zu erpressen. Falls sie gegen diese Abmachung verstossen würden, müssten sie das erhaltene Geld zurückgeben (!) und bekämen auch den zweiten Teil der Zahlung nicht.

Bereits im Vorfeld des "Tages X" kam es zu kleineren Zwischenfällen: In Huehuetenango stürmten Hunderte von Ex-PAC die örtliche Steuerbehörde (SAT), weil sie, trotz gegenteiliger Ankündigungen in den Medien, glaubten, sie müssten ihre Steuer-Identitätsnummer vorweisen, um ihr Geld ausbezahlt zu bekommen. Der Andrang führte in den Büros der SAT zum Totalchaos und Personen, die dort ihre Angelegenheiten regeln wollten, beklagten sich über die Aggressivität der Ex-PAC, die ihnen den Zutritt zum Gebäude verwehrten.

Am 5. Mai sollte auch andernorts mit der Zahlung der Entschädigungsgelder begonnen werden. In den Departements San Marcos und Suchitupéquez jedoch hiess es seitens des für die Auszahlung verantwortlichen Friedenssekretariats (SEPAZ), es gäbe "Probleme mit den Listen". In San Marcos z.B. figurier-

ten 52'000 Personen auf den Listen und behaupteten somit, den Ex-PAC anzugehören. Dies sei unmöglich, liess das SEPAZ verlauten, diese Listen müssten noch einmal überprüft werden, bevor mit den Auszahlungen begonnen werden könne.

In Suchitupéquez, wo auch (noch) nichts ausbezahlt wurde, ergriffen die erzürnten Ex-PAC handfeste Massnahmen: Nachdem das Gerücht kursierte, dass nur ein verschwindend kleiner Teil der in den Listen eingetragenen Ex-PAC begünstigt würden, nämlich diejenigen, die der Regierungspartei FRG angehören, wurden in der Gemeinde Chicacao kurzerhand das Gemeindehaus, ein Museum, die Markthalle, die Feuerwehr, das Haus und das Fahrzeug des Bürgermeisters und das Fahrzeug eines ehemaligen Militärkommissars in Brand gesteckt. Die Frau des Bürgermeisters erlitt dabei einen Herzinfarkt und verstarb. In San Francisco Zapotitlán nahmen die Ex-PAC den Departementsgouverneur, Fernando Tercero, als Geisel und liessen ihn erst wieder frei, als er versprach, dafür zu sorgen, dass die 4000 Ex-Patrouillisten der Gemeinde zu ihrem Geld kommen. Dabei wird Tercero wohl noch einige Probleme zu bewältigen haben, bekam er doch von der Regierung nur die Schecks für 1616 Ex-PAC, während sich im ganzen Departement 37'000 Personen auf die Liste gesetzt haben.

Offenbar begannen auch in Hue-

huetenango die Auszahlungen nicht termingemäss, worauf am 9. Mai rund 1500 Ex-PAC das Gemeindehaus besetzten und die 26 Angestellte den ganzen Tag als Geiseln festhielten.

Derweil annullierte Präsident Portillo das am 9. April erlassene Regierungsdekret über das *Nationale Entschädigungsprogramm für die Opfer der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen während des bewaffneten Konflikts* (siehe ¡Fijáte! 283) und ersetzte es durch ein neues. Dieses neue Gesetz sieht nicht, wie das andere, die Schaffung eines speziellen Wiedergutmachungs-Sekretariats vor, das dem Präsidenten unterstellt wäre, sondern delegiert die entsprechenden Aufgaben an eine Wiedergutmachungs-Kommission. Dieser Kommission angehören sollen VertreterInnen des Finanz- und des Landwirtschaftsministeriums, der Präsidentschaftskommission für Menschenrechte (COPREDEH), des Friedenssekretariats und – als VertreterInnen der Opfer – je eine Person einer Indígena-, einer Frauen- und einer Menschenrechtsorganisation. Die Tatsache allein, dass Portillo bereits nach einem Monat sein ursprünglich erlassenes Dekret einer Änderung unterzieht, lässt berechtigten Zweifel aufkommen am politischen Willen der Regierung, nicht nur die Täter (und sich selber als Opfer darstellenden Ex-PAC) sondern auch die wirklichen Opfer des Krieges zu entschädigen.

"Knochenlese"

Huehuetenango, 29. April. Ein Team der Stiftung forensischer ÄrztInnen Guatemalas (FAFG) hat mit Unterstützung regionaler Organisationen verschiedene Gräber eines klandestinen Friedhofs in der Gemeinde Chamuxú im Departement Huehuetenango entdeckt und geöffnet. In den Gräbern wurden die Überreste von Männern, Frauen und Kindern gefunden, die vom guatemaltekischen Militär massakriert worden sind. Die Überreste wurden in die Hauptstadt gebracht, wo sie in Laboratorien der FAFG untersucht werden, um herauszufinden, auf welche Art die Opfer getötet wurden. Ziel ist es, den genauen Hergang des Massakers zu rekonstruieren und einen Prozess gegen die Verantwortlichen des Massakers führen zu können.

Gemäss Mirna López, Koordinatorin des regionalen Rundtisches für die Umsetzung der Friedensabkommen, haben viele Familienangehörige von Massakeropfern nach wie vor grosse Angst, die Orte zu bezeichnen, wo ihre Liebsten vergraben sind. Immer noch werden die Angehörigen bedroht und davor ge-

warnt, über die Massaker zu sprechen und Auskunft über die geheimen Friedhöfe zu geben. Die allgemeine Verunsicherung, die durch das wieder in Erscheinung treten der Ex-PAC vor allem auf dem Lande herrscht, trägt das ihre zur Zurückhaltung der ZeugInnen von Massakern bei.

In diesem Zusammenhang, und da es in diesem ¡Fijáte! auch um Bücher über Guatemala geht, sei auf das neuste Buch von Kathy Reichs: "Knochenlese", hingewiesen. In diesem Buch geht es anfänglich und auch zwischendurch immer wieder um die Arbeit der ÄrztInnen der FAFG. Doch wird die Protagonistin des Buches sehr bald für einen anderen Exhumierungsfall abgezogen. Nebst detaillierten, äusserst spannenden Beschreibungen über die "Kunst", aus Knochen Geschichten zu lesen, wird auch der guatemaltekische Machtphilz und die Angst gewisser Leute davor, dass in ihrer Vergangenheit graben wird, thematisiert.

Das Buch ist im Blessing Verlag (2003) erschienen.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treec

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Guatemala erlesen

Im Verlauf der letzten Monate sind zwei Bücher erschienen, in denen sich Mitglieder der österreichischen Guatemalalandsolidarität mit der Geschichte und Politik Guatemalas sowie ihrer eigenen Einstellung und Liebe zu diesem Land auseinandersetzen. Einen eher persönlichen Ansatz verfolgen dabei Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger in ihrem Buch "Niederlagen des Friedens". Als ein Rückblick auf über 20 Jahre Solidaritätsarbeit kann dasjenige von Renate Sova, Manfred Bürstmayr und Corinna Milborn gelesen und verstanden werden.

Peter Schneider hat die Bücher gelesen und für den ¡Fijáte! kommentiert.

Etwas Guatemala, etwas Österreich

"Politik, Land und Entwicklung, Ethnische Vielfalt": Bereits die Unterteilung des Inhaltsverzeichnisses erinnert ein wenig an die Gliederung des einleitenden Teils eines Reiseführers. Sie unterstreicht die Absicht der HerausgeberInnen, "ein Buch für Menschen, die mehr über Guatemala wissen oder es bereisen wollen" zusammenzustellen. Als politisches Reisebuch, als sinnvolle Ergänzung zu einem der vielen Reiseführer ist das neue Buch *Guatemala – ein Land auf der Suche nach Frieden* durchaus empfehlenswert.

Gerade angehende Reisende mögen auch die einzige knappe Auseinandersetzung mit dem Tourismus "Wem gehört Tikal?" von Susanne Kummer gegen Schluss des Buches nicht übersehen. Wer keine Guatemalareise plant, ist gut beraten, das Werk trotzdem wie ein Reisehandbuch zu benutzen. Also keinesfalls sich der Reihe nach durch die über 250 Seiten quälen, sondern dort einsteigen, wo ein Titel Interesse weckt um. Falls Wiederholungen für Langeweile sorgen, kann man wieder aufhören und die Lektüre beim nächsten spannenden Stichwort oder beim zuvor übersprungenen Kapitel fortsetzen.

Zentrale Themen sind die mangelnde Umsetzung der Friedensverträge, die Vergangenheitsbewältigung, der Kampf um die Landverteilung und mehrere Beiträge über die Situation der indigenen Frauen Guatemalas, unter anderem von Barbara Kühhas, Autorin eines ebenfalls bei Brandes & Apsel erschienenen Buches zu diesem Thema.

Das lockere Konzept des Sammelbandes lässt Raum für eine grosse Vielfalt an kürzesten und längeren Texten. Das Spektrum reicht von der interessanten, aber recht schwerfälligen Schilderung

der Geschichte und der Krise der guatemalteken Linken durch Raúl Molina Mejía, ein Autor der diese bestens von innen kennt, bis zum Gedichtlein "auf den ruinen tikals", einer Umgebung, die gewiss nicht nur Bernadette Schiefer zum Träumen und zum Dichten anregte.

Von den insgesamt 38 Beiträgen verdiente mancher eine eingehende Würdigung oder auch Kritik. Doch der Eindruck einer gewissen Zufälligkeit dieses Sammeluriums will sich nicht zerstreuen lassen.

¡Fijáte!-LeserInnen können sich freuen, sogar einen kurzen Abriss der Geschichte dieses Mediums vorzufinden und der guatemalteken Künstler Carlos Toledo darf mit seiner Schulzeit an der Österreichischen Schule in Guatemala abrechnen. Solche Einschübe verleihen dem Buch auch eine gewisse Lebendigkeit. Die Texte über die Guatemala Solidarität Österreich oder gar über einzelne Aktionen der Solidaritätsbewegung in Wien dagegen lassen sich wohl nur damit erklären, dass die HerausgeberInnen und fast alle AutorInnen diesem Umfeld zuzuordnen sind und ihre Arbeit wichtig finden. Trotz aller Offenheit des Konzeptes und obwohl der erste Teil des Buches mit "Politik und Solidarität" überschrieben ist, bleiben sie ein Fremdkörper.

Seit der Unterzeichnung der Friedensverträge ist im deutschsprachigen Raum keine derartig umfassende themenübergreifende Auseinandersetzung mit der Situation in Guatemala mehr erschienen. Da solch einem Manko nicht zwingend eine Marktlücke entspricht, verdienen die HerausgeberInnen Anerkennung für ihre Risikobereitschaft und alle Beteiligten für die geleistete Arbeit. Das Füllen der erwähnten Lücke macht diesen "zweiten Blick" auf "ein Land voller Widersprüche" unersetzlich. Gerade darum hätte es noch etwas besser ausfallen dürfen.

Guatemala – Ein Land auf der Suche nach Frieden – Politik Geschichte Kultur Begegnungen. Markus Stumpf/Renate Sova/Manfred Bürstmayr/Corinna Milborn (Hrsg), Brandes & Apsel/Südwind, 2003.

Erfrischendes Guatemalalager mit Wermutstropfen

"Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen" dichtete Matthias Claudius bereits vor über 200 Jahren. Wenn AktivistInnen aus der Soliszene für meh-

re Monate nach Guatemala aufbrechen, ist mit dem Erlebten locker ein Buch zu füllen. Mary und Thomas, alias Schmidt, erzählen also von ihren Reiseerlebnissen und geben ihre zahlreichen Gespräche mit AktivistInnen aus Bauern-Indígena- und Menschenrechtsorganisationen, mit ehemaligen BasisaktivistInnen der URNG und mit heutigen ParteivertreterInnen wieder.

Ein Stück weit hilft die Auflistung im Anhang auch jenen durch den Dschungel der bekanntlich unzähligen Abkürzungen, denen diese nicht geläufig oder nicht mehr präsent sind. Wer den einen Ort oder die andere Organisation schon selbst besuchte, wird hin und wieder schmunzeln oder auch den Kopf schütteln und gewiss die eigenen Erinnerungen aufleben lassen.

Braucht es mehr für ein Buch? Ob Autor und Autorin über die Befriedigung ihres Erzähldranges hinaus ein bestimmtes Ziel damit verfolgten, oder welchen Anspruch sie selbst an ihr Werk stellen, will nicht recht klar werden.

Für Menschen, die sich noch nie mit Guatemala beschäftigt haben, wurden, laut Vorwort, die verschiedenen Zahlen- und Faktentabellen eingefügt. Ob das Buch allerdings besonders geeignet ist, nicht landeskundigen LeserInnen ein Bild der aktuellen Situation in Guatemala zu vermitteln, darf bezweifelt werden.

Einzelne Texte stehen im Zeichen der Terroranschläge vom 11. September. Der Zufall, dass unsere Reisenden gerade zu jener Zeit in Guatemala weilten, wäre aber vielleicht besser zu verwerten gewesen. Wo in der Kritik an gewissen antiamerikanischen Äusserungen oder bei der Darstellung der Krise der politischen Linken und der URNG im Besonderen eine politische Kommentierung versucht wird, ist diese eher misslungen: Immer dann, wenn Aussagen guatemalteken AktivistInnen an den eigenen Maßstäben einer korrekten linken Ideologie gemessen werden, wird es richtig ärgerlich. Und im Verlauf der Lektüre beginnen sich diese Ärgernisse zu häufen. Doch wechseln sie immer wieder ab mit der schlichten Beschreibung einer Szene auf dem Dorfe, einer Begegnung mit Kindern. Hier, wo einem jeder überflüssige Kommentar erspart bleibt und die schlichten Worte der Erzählung für sich selbst sprechen dürfen, tritt ein Stück Authentizität zu Tage, das sehr vieles wieder gut macht.

Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger: Niederlagen des Friedens. Edition Wahler, Grafenau, 2002.